

03/2022

fdplus



**TUN WIR MEHR
ALS NÖTIG.**

LANDTAGSWAHL

Stefan Birkner wirbt in Niedersachsen für eine Innovationsdekade

ENTLASTUNGSPAKET

65 Milliarden Euro für die breite Mitte

CORONA-REGELUNGEN

Das neue Infektionsschutzgesetz erklärt



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

LET'S RESHAPE EUROPE TOGETHER! DEINE IDEEN FÜR EUROPA

Die Werte der liberalen Demokratie sind bedroht. Europa steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die zu den schwerwiegendsten der Geschichte gehören. Mit der Kampagne „Reshape Europe“ starten wir einen weltweiten Dialog zu der Frage, wie Europa resilienter und durchsetzungsfähiger werden kann, um sich gegenüber den Feinden der Freiheit weltweit zu behaupten.

Jetzt mitmachen und informieren unter:
freiheit.org/ReshapeEurope.

**Jetzt zur Veranstaltung
anmelden!**
freiheit.org/Europakonferenz



EDITORIAL

**TUN WIR MEHR
ALS NÖTIG.**



Marie-Christine Götz
Leiterin Kommunikation &
Kampagne der FDP-Bundesgeschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,
diese neue Ausgabe der fdplus ist bereits die dritte, die unter dem Eindruck des verbrecherischen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine entstanden ist. Die durch verschärfte Energiekrise und die Inflation stellen Deutschland vor große Herausforderungen. Das Bekenntnis der Freien Demokraten an die Menschen und Betriebe in unserem Land bleibt: Wir lassen niemanden mit den gestiegenen Preisen allein!

Die Regierungskoalition hat ein drittes wuchtiges Entlastungspaket geschnürt, das mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro mehr als doppelt so groß ist wie die beiden Vorgängerpakete. Die Einhaltung der Schuldenbremse ab dem kommenden Jahr steht dabei nicht infrage. Welche Maßnahmen beinhaltet das Entlastungspaket? An wen richten sie sich? In diesem Heft finden Sie dazu eine anschauliche Übersicht. Diese eignet sich auch als Argumentationshilfe für Ihre eigene politische Arbeit.

Neben gezielten Hilfen und Entlastungen kommt es jetzt vor allem darauf an, die Energiepolitik in Deutschland und Europa an die veränderten Realitäten anzupassen. Welche Weichen jetzt gestellt werden müssen, um

unsere Energieversorgung verlässlich, sicher und bezahlbar zu machen, darauf gibt eine Reihe von Artikeln in diesem Heft konkrete Antworten.

Die Energiekrise prägt selbstverständlich auch den Landtagswahlkampf in Niedersachsen. Im großen Titel-Interview zeigt Spitzenkandidat Dr. Stefan Birkner auf, warum dem Bundesland bei der Bewältigung der energiepolitischen Herausforderungen eine besondere Schlüsselrolle zukommt.

Übrigens: Am 1. Oktober haben Sie die Gelegenheit, die niedersächsischen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer beim bundesweiten Aktionstag zu unterstützen. Bitte nehmen Sie zahlreich vor Ort teil. Denn gerade jetzt kommt es auf uns alle an!

Ihre

Marie-Christine Götz

05 MELDUNGEN

06 TUN WIR MEHR ALS NÖTIG.

Am 9. Oktober wählt Niedersachsen sein neues Landesparlament. Im Interview erklärt Spitzenkandidat Dr. Stefan Birkner seine Visionen für die Menschen in Niedersachsen.

08 ÖKONOMISCHE ZEITENWENDE

09 EIN WUCHTIGES ENTLASTUNGSPAKET FÜR DIE BREITE MITTE DER GESELLSCHAFT

10 MIT MASSVOLLEN UND GRUNDRECHTS-SCHONENDEN CORONA-REGELN AUF HERBST UND WINTER VORBEREITET

11 MIT DISRUPTIVEN TECHNOLOGIEN DEUTSCHLANDS ENERGIEVERSORGUNG SICHERN

12 UNSER LAND BRAUCHT EINEN DIGITALEN RUCK

13 FÜR EIN FAIRES BÜRGERGELD

14 OHREN AUF: LIBERAL, VIELFÄLTIG, DIGITAL

16 SOZIAL IST, WER SOZIALE VERÄNDERUNGEN BEWIRKT

17 ES KOMMT AUF UNS AN.

18 FÜREINANDER DA SEIN, BIS JEDER AUF EIGENEN BEINEN STEHEN KANN

20 DEUTSCHLANDS ENERGIEVERSORGUNG SICHERN

Dr. Lukas Köhler und Michael Kruse stellen Konzepte der FDP-Bundestagsfraktion für eine verlässliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung vor.

22 MIDTERM ELECTIONS – WIE GEHT ES WEITER IN DEN USA ?

MELDUNGEN



01 ZUM TOD VON DR. MARTIN BANGEMANN

Wir Freie Demokraten trauern um unseren ehemaligen Bundesvorsitzenden Martin Bangemann. Als überzeugter Liberaler hat sich Bangemann über Jahrzehnte leidenschaftlich für Europa und für Deutschland engagiert und in zahlreichen Funktionen große Verantwortung übernommen. Als Bundeswirtschaftsminister und EU-Kommissar hat er den Wettbewerb gestärkt und den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt vorangebracht. In seinem politischen, parlamentarischen und gesellschaftlichen Wirken richtete er sich nach den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Idee der Freiheit zur Verantwortung. Darin bleibt er uns ein großes Vorbild.

02 NICOLA BEER BESUCHTE TAIWAN

FDP-Präsidiumsmitglied und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Nicola Beer reiste diesen Sommer nach Taiwan, um den Austausch mit der EU zu stärken. Die EU setzt sich für eine stärkere Rolle Taiwans in internationalen Organisationen und für ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen den beiden freien und demokratischen Gesellschaften ein. Taiwan ist im Bereich der Halbleiterproduktion ein weltweites Schwergewicht und interessanter Partner für die EU. Beer möchte ihre Reise auch als Signal an China verstanden wissen: China dürfe es nicht wagen, Taiwans Autonomie zu untergraben.



03 PFLICHTDIENST WÄRE EIN SCHWERER FREIHEITSEINGRIFF IN DAS LEBEN JUNGER MENSCHEN

FDP-Präsidiumsmitglied und Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und die Vorsitzende der Jungen Liberalen, Franziska Brandmann, schreiben in einem gemeinsamen Gastbeitrag zur Debatte um einen Pflichtdienst: „Die Pflichtdienst-Debatte war noch nie so fehl am Platz wie jetzt.“ Denn aufgrund der Corona-Pandemie hätten gerade junge Menschen vieles, was sonst die Jugend ausmacht, nicht erleben können. Für die FDP-Politikerinnen ist klar: „Wer diesen jungen Menschen ausgerechnet jetzt einen Pflichtdienst vorschreiben will, sollte sich selbst in der Empathie üben, die hier anderen Leuten anerkennen werden soll.“



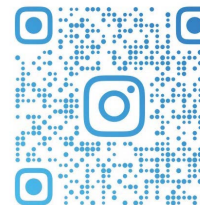
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteurin: Marie-Christine Götz | CvD: Caroline Hentschel | Redaktion: Kathrin Mendorf, Anders Mertzluft, Wulf Oehme | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Anzeigen: info@fdplus.de | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 15. September 2022.



TUN WIR MEHR ALS NÖTIG.

Am 9. Oktober 2022 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Wir haben dem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der FDP Niedersachsen Dr. Stefan Birkner auf den Zahn gefühlt und ihn zum aktuellen Landtagswahlkampf befragt.



Auf welche Themen legt die FDP Niedersachsen im Wahlkampf einen besonderen Fokus? Wo sehen Sie in der kommenden Legislaturperiode den dringenden Handlungsbedarf?

Die Bildungspolitik ist für uns ein zentrales Thema. Das Bildungssystem in Niedersachsen gleicht einer einzigen Baustelle. Wenn nicht einmal der Pflichtunterricht stattfinden kann, dann haben wir ein grundlegendes Problem. Wir setzen uns daher für eine echte Unterrichtsgarantie ein. Gleichzeitig wollen wir, dass die „Förderschule Lernen“ in Niedersachsen erhalten bleibt. Hierzu haben wir ein Volksbegehren initiiert, weil die aktuelle Landesregierung seit Monaten einen entsprechenden Gesetzesvorschlag unserer Landtagsfraktion verschleppt. Wir sind der Überzeugung, dass jedes Kind seinen Weg gehen können muss und dass offene Förderschulen offene Chancen bedeuten.

Daneben wollen wir kräftig in die Modernisierung Niedersachsens investieren. Wir wollen eine echte Investitionsdekade einläuten – ganz ohne neue Staatsschulden. Eine solide Finanzpolitik gibt es nur mit uns in der nächsten Landesregierung. Statt die Menschen in der Krise immer weiter finanziell zu belasten, wollen wir sie endlich entlasten. Mit einer Bürokratiebremse wollen wir außerdem die niedersächsische Wirtschaft entfesseln und für jede neue Vorschrift mindestens zwei unnötige streichen.

Bei der Digitalisierung wollen wir durch ein echtes Digitalisierungsministerium klare Strukturen schaffen und dadurch endlich mehr Tempo ma-

chen. Wir wollen, dass in Niedersachsen bis 2025 überall schnelles Internet durch Glasfaser verfügbar ist, und endlich die Funklöcher im Mobilfunknetz stopfen. Doch mit der Infrastruktur ist es nicht getan. Es braucht endlich auch digitale Lern- und Lehrkonzepte, damit wir die Chancen der Digitalisierung auch an unseren Schulen nutzen können. Und auch die Verwaltung muss in den nächsten fünf Jahren vollständig digitalisiert und papierlos gestaltet werden.

Das sind die Schwerpunktthemen der FDP Niedersachsen. Was viele Menschen gerade bewegt: steigende Energiepreise. Was sind ihre Antworten in der Landespolitik?

Mit Blick auf die aktuelle Energiekrise wird Niedersachsen eine Schlüsselrolle zukommen. Wir wollen die Potenziale der Küste nutzen und unser Bundesland zum Knotenpunkt für Energieimporte und -verteilung in Deutschland und Europa machen. Durch den Bau weiterer technologieoffener Energie-Import-Multihubs, die mittelfristig auch für klimaneutrale Energieträger wie Grünen Wasserstoff verwendet werden können, werden wir uns unabhängig von russischen Gasimporten machen. Dazu ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere von Offshore-Windparks, verstärkt voranzutreiben. Gleichzeitig müssen wir aber auch über die Nutzung eigener fossiler Energiereserven sowie die befristete Laufzeitverlängerung für die noch aktiven Kernkraftwerke sprechen. Es erschließt sich mir nicht, weshalb wir angesichts einer Energiekrise funktionierende Anlagen aus ideologischen Gründen vom Netz nehmen sollten. Das ist auch für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar, die sich tagtäglich mit den steigenden Energiepreisen konfrontiert sehen. Wir müssen uns außerdem darauf einstellen, dass uns diese Energiekrise nicht nur im kommenden Winter begleiten wird, sondern vielleicht sogar die nächsten drei bis vier Jahre. Vor diesem Hintergrund hätten schon längst neue Brennelemente für die bestehenden Kernkraftwerke beschafft werden müssen, um ihre Kapazitäten im Notfall für einen überschaubaren Zeitraum weiter nutzen zu können. Dies müssen wir nun schleunigst nachholen. Dabei geht es nicht um den dauerhaften Wiedereinstieg in die Kernkraft, sondern darum, der aktuellen Energiekrise etwas entgegenzusetzen.

Wie steht die FDP Niedersachsen zu einer möglichen Regierungsbeteiligung? Gibt es Wunschartner oder Ressorts, die sie beansprucht?

Wir Freie Demokraten treten als eigenständige politische Kraft an. Unser Ziel ist es natürlich, mitzuregieren und Verantwortung zu übernehmen. Denn wir sind der Überzeugung, dass es einen Unterschied macht, ob Liberale Teil einer Regierung sind oder nicht. Stabile Zweierkoalitionen sind auch in Niedersachsen keine Selbstverständlichkeit. Vor diesem Hintergrund sehen wir für uns durchaus realistische Regierungsoptionen. Dabei stehen wir allen demokratischen Parteien gesprächsbereit gegenüber. Am Ende wird es darauf ankommen, mit wem sich eine gemeinsame Idee entwickeln und umsetzen lässt, in der eine klare liberale Handschrift erkennbar wird. Es entspricht nicht meinem Demokratieverständnis, Posten und Ressorts einfach aufzuteilen, damit dann jeder Koalitionspartner das machen kann, was ihm gefällt.

Wie sieht es aktuell mit dem Wahlkampf der FDP Niedersachsen aus? Was läuft gut, was vielleicht nicht so?

Im Moment überlagert der Bundestrend die Landespolitik, im Fokus stehen die großen Krisen. Das kann frustrierend sein, weil andere wichtige Themen in den Hintergrund zu rücken scheinen. Wir dürfen aber nicht länger nur auf die aktuellen Krisen reagieren, sondern müssen gerade jetzt auch die Herausforderungen unserer Zeit angehen, damit wir für die Zukunft gewappnet sind. Vor diesem Hintergrund werden landespolitische Themen vor der Wahl noch eine größere Rolle spielen. Hierauf sind wir vorbereitet. Man spürt die Motivation, mit der unsere Kandidatinnen und Kandidaten, sowie unsere Mitglieder in den Wahlkampf gehen und für unsere Positionen werben. Die FDP fällt auf, nicht nur wegen unserer bunten und modernen Kampagne, sondern auch, weil wir uns mit unserem Gestaltungsanspruch und Aufbruchswillen von der Verwaltungsmentalität und Gemächlichkeit der anderen Parteien abheben.

i Vor Ort unterstützen

Am Samstag, 1. Oktober, findet in Hannover ab 12 Uhr ein bundesweiter Aktionstag zur Unterstützung der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer statt. Wenn Sie als einzelnes Mitglied oder als Gruppe teilnehmen wollen, melden Sie sich bitte bei der Landesgeschäftsstelle Ihres eigenen Landesverbandes.

Lesen Sie das vollständige Interview auf fdp.de/ltwns ■

ÖKONOMISCHE ZEITENWENDE

Anfang September hat Bundesfinanzminister Christian Lindner den Haushaltsentwurf 2023 vorgestellt. Mit ihm halten wir die Schuldenbremse ein. Gleichzeitig leisten wir Zukunftsinvestitionen auf Rekordniveau. Wir zeigen: Auch unter Einhaltung der Schuldenregeln sind umfangreiche Entlastungen möglich.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Wir handeln zügig, umfassend und entschlossen. Neben den beiden ersten Entlastungspaketen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro bringen wir nun weitere Entlastungen für Menschen und Betriebe in Höhe von rund 65 Milliarden auf den Weg.

Ich bin mir sicher: Ohne uns in der Regierung würde die kalte Progression bei der Steuer nie umfassend ausgeglichen werden. Mit dem Inflationsausgleichsgesetz gelingt uns das jetzt. Wir passen die Steuerlast an die Inflation an und vermeiden schleichende Steuererhöhungen für 48 Millionen Menschen in Deutschland. Das ist eine Sache der Fairness. Denn ein Steuersystem darf Menschen, die ohnehin unter hohen Preisen leiden, nicht auch noch höher besteuern. Wenn 40.000 Euro aus diesem Jahr im kommenden Jahr nur noch die Kaufkraft von 36.000 Euro haben, darf dieses Einkommen nicht besteuert werden, als seien es noch 40.000 Euro. Der Staat darf nicht zum Inflationsgewinner werden.

Weitere Entlastungen kommen hinzu, zum Beispiel die verbesserte und erhöhte Homeoffice-Pauschale, die Stärkung der privaten

Altersvorsorge durch die Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags auf 1.000 Euro, die vorgezogene vollständige Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen und die Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen durch Abbau von steuerlichen und bürokratischen Hürden bei Installation und Betrieb.

Diese Maßnahmen belegen unsere wichtige Rolle innerhalb der Koalition. Während einige unserer Partner täglich aufs Neue öffentlich den Koalitionsvertrag infrage stellen, fokussieren wir uns darauf, das Land gut durch die aktuellen Krisen zu führen. Zielgerichtete Entlastungen leisten dazu einen unverkennbaren Beitrag.

Mein Ziel ist klar: Nach drei Ausnahmejahren im Zuge der Corona-Pandemie müssen wir auf den Pfad stabilitätsorientierter Finanzpolitik zurückkehren. Fiskalische Solidität und eine klare Prioritätensetzung zeigen: Wir Freie Demokraten in der Bundesregierung leiten die notwendige ökonomische Zeitenwende ein. Teile von SPD und Grünen hingegen fordern abermals, die durch die Schuldenbremse verfassungsrechtlich vorgeschriebene

Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung aufzuheben.

Wer dies fordert, muss sich der Konsequenzen bewusst sein: Eine hohe Neuverschuldung schnürt bei steigender Zinsentwicklung schon kurzfristig politische Handlungsspielräume ab. So planen wir bereits 2023 rund 30 Milliarden Euro an reinem Zinsendienst ein – 2021 waren es 4 Milliarden Euro. Deutliche Mehrausgaben für Zinsen, die wir für wichtige Investitionen nicht einsetzen können. Eine hohe Neuverschuldung pumpt auch zusätzliches Geld in den Umlauf und kann bei knappem Angebot wie ein Brandbeschleuniger auf die Inflation wirken. Außerdem hat Deutschland eine Stabilitätsverantwortung für unsere europäische Gemeinschaftswährung.

Wir sind die Ampel aus staatspolitischer Verantwortung eingegangen. Wir sind sie eingegangen, weil wir Gutes bewirken wollen. Wir bewahren das Land vor einem Linksrutsch. Dies ist kein einfacher Weg. Aber wir stellen uns dieser Herausforderung jeden Tag aufs Neue. ■

EIN WUCHTIGES ENTLASTUNGSPAKET FÜR DIE BREITE MITTE DER GESELLSCHAFT

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt für steigende Energie- und Lebensmittelpreise. Wir lassen die Menschen mit den steigenden Preisen nicht allein! Der Koalitionsausschuss hat ein wuchtiges drittes Entlastungspaket im Volumen von 65 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Das Paket schafft spürbare Entlastungen für die breite Mitte der Gesellschaft, für kleine und mittlere Einkommen, Studierende, Azubis, Rentnerinnen und Rentner, Selbständige und mittelständische Unternehmen – und das bei Einhaltung der Schuldenbremse.

WAS SIEHT DAS ENTLASTUNGSPAKET ZUR STEUERLICHEN ENTLASTUNG VOR?

- Abbau der kalten Progression durch Anpassung der Einkommensteuertarife
- Volle steuerliche Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen
- Entfristung und Verbesserung der Homeoffice-Pauschale

WIE SOLLEN DIE STEIGENDEN ENERGIEPREISE ABGEFEDERT WERDEN?

- Strompreisbremse für den Basisverbrauch und Senkung der Netzentgelte – unterstützt durch ein neues und faires Marktdesign
- Senkung der Umsatzsteuer für Gas von 19 auf 7 Prozent – als Ausgleich für die neue Gasbeschaffungsumlage
- Entlastung beim CO₂-Preis durch Verschiebung der für 2023 geplanten Erhöhung des CO₂-Preises um ein Jahr



WAS TUT DIE BUNDESREGIERUNG FÜR KLEINE UND MITTLERE EINKOMMEN?

- ÖPNV-Ticket bundesweit nutzbar, bezahlbar und digital buchbar
- Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner in Höhe von 300 Euro
- Einmalzahlung für Studierende, Fachschülerinnen und Fachschüler in Höhe von 200 Euro
- Anhebung der Midijob-Grenze auf 2.000 Euro
- Neues Bürgergeld: Anpassung der Regelsätze an Inflation
- Erhöhung des Kindergeldes um 18 Euro monatlich und Anhebung des Kinderzuschlags auf 250 Euro monatlich
- Ausweitung des Wohngeldanspruchs



WAS IST ZUR ENTLASTUNG VON UNTERNEHMEN VORGESEHEN?

- Spitzenausgleich für energieintensive Unternehmen
- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes
- Gezielte Unterstützung bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen
- Verlängerung der Umsatzsteuerentlastung für die Gastronomie auf 7 Prozent

„Wir stärken die Menschen, die unsere Solidarität brauchen. Und wir vergessen diejenigen nicht, auf deren Schultern dieses Land steht – nämlich die hart arbeitende Mitte der Gesellschaft.“

Christian Lindner

MIT MASSVOLLEN UND GRUNDRECHTSSCHONENDEN CORONA-REGELN AUF HERBST UND WINTER VORBEREITET



Dr. Marco Buschmann
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister der Justiz

Wie andere Länder auch bereitet sich Deutschland mit neuen Corona-Regeln auf Herbst und Winter vor. Die Bundesregierung hat hierzu eine Anpassung des Infektionsschutzgesetzes erarbeitet. FDP-Justizminister Dr. Marco Buschmann, der das Paket maßgeblich mitverhandelt hat, erklärt: „Wir alle sehnen uns nach Alltag und Normalität. Aber auch besonnene, kritische Wissenschaftler warnen uns, dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit in Herbst und Winter noch einmal in eine angespanntere Situation kommen können. Für diesen Fall wappnen wir uns. Unser Konzept ist deshalb ausgewogen, maßvoll und grundrechtsschonend.“

Maßvolle Regelungen

Konkret sieht das Konzept nur wenige bundesweite Regelungen vor. Neben der Fortführung einer Maskenpflicht im Fernverkehr der Bahn ist ein besonderes Augenmerk auf den Schutz vulnerabler Gruppen gerichtet, also der Gruppe von Menschen, für die eine Corona-Infektion besonders gefährlich wäre. Die Maskenpflicht im Flugverkehr wurde im parlamentarischen Verfahren gestrichen. Unter gewissen Voraussetzungen können die Länder eine Maskenpflicht im ÖPNV und in Innenräumen erlassen, wo Menschen aufeinandertreffen. Wenn sie das tun, müssen sie Frisch-Getestete in vielen Bereichen davon befreien. Das können Gastronomie, Kultur, Sport und Freizeitveranstaltungen sein. Aber auch ganze Branchen oder Bereiche können von der Maskenpflicht ausgenommen werden, etwa Hochschulen. „Wir zwingen den Ländern keine Schutzmaßnahmen auf, sondern ermöglichen

lageangepasstes Handeln. Sehr viel Alltag wird wieder möglich sein – aber zugleich sind wir für eine mögliche Verschärfung der Lage gewappnet“, so Buschmann. Zusätzliche schärfere Schutzmaßnahmen sind aber nur möglich, wenn eine konkrete Gefahr für die kritische Infrastruktur vorliegt und der zuständige Landtag dies in einem Beschluss festgestellt hat. Lockdowns, Kontaktbeschränkungen, pauschale Schulschließungen und staatliche 3G-Zugangsregeln wird es hingegen nicht mehr geben. Auch die frühere 2G-Zugangsregel ist gestrichen.

Das Recht auf Bildung hat für Freie Demokraten immer einen besonderen Stellenwert. Gerade, weil Schülerinnen und Schülern in der Pandemie in der Vergangenheit besonders viel zugemutet wurde, hat deren Zugang zu Bildung nun Priorität. Deshalb darf in Schulen eine Maskenpflicht überhaupt nur dann angeordnet werden, wenn dies erforderlich ist, um den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten – und auch dann nur ab der 5. Klasse. „Es ist besser, wenn der Unterricht stattfindet, zur Not mit Maske, als wenn der Unterricht nicht in der Schule stattfindet“, sagt Marco Buschmann.

Das Corona-Konzept wurde gründlich erarbeitet. Die Evaluation bisheriger Corona-Maßnahmen durch unabhängige Sachverständige wurde abgewartet und deren Erkenntnisse ausgewertet. Danach hat sich die Bundesregierung eng mit den Ländern abgestimmt – ehe der Deutsche Bundestag darüber beraten hat. „Uns Freien Demokraten war es immer wichtig, dass wir die Pandemiepolitik ins Parlament holen. Über derlei relevante Fragen müssen die gewählten Volksvertreter debattieren und entscheiden“, betont Minister Buschmann. ■

MIT DISRUPTIVEN TECHNOLOGIEN DEUTSCHLANDS ENERGIE-VERSORGUNG SICHERN



Bettina Stark-Watzinger
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesministerin für Bildung
und Forschung

Frau Stark-Watzinger, als Forschungsministerin beschäftigen Sie sich auch mit der Zukunft der Energieversorgung. Welche Energie-Innovationen sind für Deutschland besonders relevant?

Der furchtbare russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat es uns noch einmal vor Augen geführt: Bei der Energiepolitik geht es nicht nur um Nachhaltigkeit, Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit, sondern auch um Sicherheit. Wir müssen bei der Energieversorgung souveräner werden. Idealerweise mit Partnern, die unsere Werte teilen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Ich tue alles dafür, dass wir bei der Energieversorgung so schnell wie möglich vorankommen. Denn wir müssen Erdöl, Erdgas und Kohle mittelfristig durch klimaneutrale Energie ersetzen. Dafür brauchen wir ein Portfolio an neuen Technologien, Geschäftsmodellen und Ansätzen. Grundlage dafür ist eine starke Forschung und ein höheres Innovationstempo. Daran arbeiten wir. Besonders wichtig ist mir dabei der Grüne Wasserstoff.

Kann Grüner Wasserstoff bei einer verschärften Gaskrise bei unserer

Versorgungssicherheit helfen?

Ja, denn Grüner Wasserstoff hat das Potenzial, Erdgas und andere fossile Energieträger in sehr vielen Bereichen zu ersetzen. Leider steht Grüner Wasserstoff heute aber noch nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Um die Energiekrise zu überwinden, braucht es dreierlei: Erstens können wir mit modernen Technologien und Anreizen die zur Verfügung stehenden Energieträger deutlich effizienter einsetzen und damit den Verbrauch senken. Zweitens hilft die Diversifizierung der Energieversorgung. Und drittens müssen wir die Wasserstoffwirtschaft mit Hochdruck vorantreiben.

Auch die Kernfusion bietet große Chancen für unser künftiges Energiesystem. Wie wird die Umsetzung dieser Zukunftsenergie gefördert?

Die Fusion könnte als kontinuierlich verfügbare Energiequelle in Ergänzung zu den erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag zur Abdeckung der Grundlast im Stromnetz leisten. Ziel ist es, eine nicht auf fossile Energieträger angewiesene und damit CO₂-neutrale, verlässliche und wirtschaftlich nachhaltige Energiequelle zu erschließen. Mein

Haus unterstützt die Fusionsforschung seit vielen Jahren. Von internationaler Bedeutung sind die sehr erfolgreichen nationalen Großprojekte Wendelstein 7-X in Greifswald und ASDEX Upgrade in Garching. Wenn alles gut geht, soll der erste kommerzielle Fusionsreaktor ab 2055 Fusionsenergie liefern.

Wie sieht Ihre Vision für Deutschlands Energieversorgung aus?

Das Ziel ist klar: Wir wollen bis 2045 klimaneutral werden. Dazu haben wir uns im Koalitionsvertrag bekannt. Gleichzeitig muss Energie bezahlbar sein, und wir können keine Kompromisse bei der Versorgungssicherheit eingehen. Mit unserer Forschungsförderung sind wir ein Schlüsselressort, um diese Jahrhundertaufgabe zu bewältigen. Wichtig ist mir dabei, dass wir an verschiedenen Lösungen forschen und auch disruptive Fortschritte anregen. Das sind technologische Durchbrüche, die wir heute noch gar nicht im Blick haben.

Lesen Sie das vollständige Interview auf fdp.de/energieinnovationen ■

UNSER LAND BRAUCHT EINEN DIGITALEN RUCK

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) legt mit der Digitalstrategie die Agenda der Bundesregierung für die Zeit bis 2025 vor. Sie ist der Aufbruch unseres Landes in eine digitale Zukunft.



Dr. Volker Wissing
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister für Digitales
und Verkehr

Die Digitalisierung durchdringt die gesamte Gesellschaft. Sie führt zu neuen Angeboten, neuen Geschäftsmodellen, neuen Arbeitsweisen, sie prägt in zunehmendem Ausmaß die Art, wie wir leben und arbeiten. Sie macht natürlich auch vor der Verwaltung nicht halt, weshalb wir uns dringend mit der Frage beschäftigen müssen, wie sich die Digitalisierung auf die Arbeit der Bundesregierung auswirkt.

Die Freien Demokraten haben frühzeitig die Chancen der Digitalisierung erkannt und auf diese gesetzt. Es war uns deshalb stets ein wichtiges Anliegen, die Zuständigkeit dafür nicht auf viele Häuser aufzuteilen, sondern nach Möglichkeit unter einem Dach zusammenzuführen. Mit der Schaffung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr haben wir einen großen Schritt in diese Richtung gemacht. Zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte gibt es ein Digitalministerium. Hier wird die Digitalpolitik maßgeblich gestaltet. Wie wir mit Daten umgehen und mit Hass im Netz, wie wir Meinungsfreiheit und sicheres Surfen sicherstellen – diese und viele andere Fragestellungen bearbeitet das BMDV und sucht nach guten Antworten für die Gesellschaft. Wir arbeiten an Regeln, welche die Probleme adressieren, aber das Potenzial der Digitalisierung nutzbar machen, die zudem chancenfokussiert und innovationsfördernd sind.

Ein digitaler Ruck muss durch unser Land gehen. Wir wollen der Digitalisierung in Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Mobilität zum Durchbruch verhelfen. Die im August vorgestellte Digitalstrategie ist ein Kursbuch mit verbindlichen Zielen, die in einem festen Zeitraum zu erfüllen sind. Die Digitalstrategie gibt konkrete Antworten – etwa wann mit dem E-Rezept zu rechnen ist und

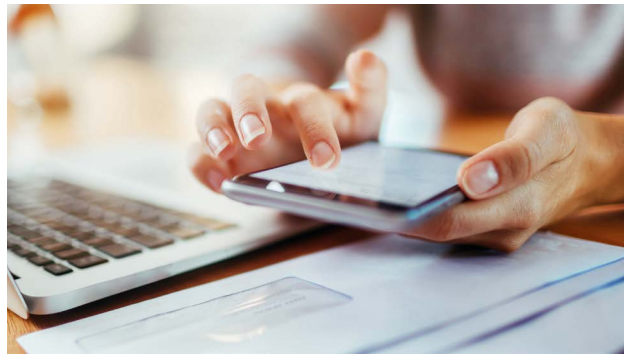


Foto: iStock/Geber86

wann mit leistungsfähiger digitaler Infrastruktur. Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe. Das Digitalministerium ist dabei Taktgeber des Wandels. Gemeinsam mit anderen Ministerien prüfen wir engmaschig, ob wir auf dem richtigen Weg sind, ob Ziele erreicht, früher umgesetzt oder neu in Angriff genommen werden können. Bei Problemen steuern wir frühzeitig gegen. Die Digitalisierung schreitet so schnell voran, dass wir die Strategie bewusst dynamisch angelegt haben. Wenn ein Ministerium Projekte früher abschließt, wird es keine Pause geben. Vielmehr wird uns das die Möglichkeit geben, neue Ziele zu definieren und neue Vorhaben anzugehen. Die Digitalisierung ist kein statischer Prozess, der irgendwann abgeschlossen ist, sondern ein dynamischer, der ständig neue Chancen und Möglichkeiten schafft. Die Veränderung ist die einzige große Konstante der Digitalisierung.

Die Digitalstrategie ist die Grundlage dafür, dass der Staat bei der Digitalisierung von einem Getriebenen zum Gestalter wird. Digital first! Und was war noch einmal second? ■

FÜR EIN FAIRES BÜRGERGELD

Das neue Bürgergeld wird die Lebenssituation für Menschen verbessern, die Grundsicherung beziehen. Wir Freie Demokraten machen uns stark für einen an die Inflation angepassten Regelsatz und einen verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt.



Johannes Vogel
Stellvertretender Bundesvorsitzender
& Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion

Die Grundsicherung in Deutschland muss einfacher, unbürokratischer, würdevoller und vor allem aufstiegs- und chancenorientierter werden. Das Bürgergeld bietet dafür viele Möglichkeiten: Durch die Neuregelungen beim Schonvermögen sorgen wir dafür, dass Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, nicht zuerst über Details ihres Mietvertrages diskutieren müssen. Mit Bagatellregelungen sorgen wir für notwendige Entbürokratisierungen, damit der Staat nicht sehr viel Geld an Personalkosten ausgibt, um einen kleinen Beitrag einzutreiben. Und wir sorgen dafür, dass mehr Menschen die Zeit der Bedürftigkeit

nutzen können, um beispielsweise eine Berufsausbildung nachholen zu können.

Es ist schreiend unfair, wenn die Schülerin Annika bei ihrem Minijob von ihren 450 Euro nur 170 Euro behalten darf, weil ihre Eltern auf Grundsicherung angewiesen sind, und Ayşe die vollen 450 Euro behalten darf, da die Eltern finanziell unabhängig sind. Das ist das Gegenteil von Chancengerechtigkeit und Aufstiegsprospekt. Gut, dass damit beim Bürgergeld Schluss sein wird. Ebenso müssen wir auch bei den Hinzuverdienstregeln für Erwachsene vorankommen. Menschen sollen durch ihre Arbeit Schritt für Schritt die Leiter in die finanzielle Selbständigkeit hochklettern können. Aber genau dabei haut ihnen der Sozialstaat heute die Beine weg, weil sie von jedem mehr verdienten Euro achtzig Cent abgeben müssen. Auch das müssen wir angehen!

Das neue Bürgergeld muss mehr Fairness bringen. Auch wenn dieses Ziel unumstritten ist, entzündete sich in diesem Zusammenhang eine Debatte an der Inflation. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wünscht sich wegen der Preissteige-

rungen höhere Regelsätze. Die jährliche Regelsatzanpassung basiert jedoch ohnehin auf der jährlichen Inflationsrate. Deshalb werden die Sätze zum 1. Januar kräftig steigen und von einer Sonderzahlung flankiert. Die Kosten der Heizung werden zusätzlich in tatsächlicher Höhe übernommen. Daher berechnen wir die jährliche Anpassung künftig nicht mehr bis zu anderthalb Jahre rückschauend, sondern vorausschauend auf Basis der erwarteten Inflation.

Eine Frage der Fairness ist es schließlich auch, dass wir wie vereinbart an dem vom Verfassungsgericht bestätigten Umfang an möglichen Sanktionen festhalten. Denn neun von zehn Betroffenen kommen mit Sanktionen schon heute nicht in Berührung. Es ist eine Frage des Respekts, dass es auch künftig einen Unterschied machen muss, wenn eine kleine Minderheit sich nicht an die Regeln hält.

Mit diesen Verbesserungen wollen wir für mehr Leistungsgerechtigkeit und Fairness in unserem Sozialstaat sorgen. ■



Foto: iStock/superisizer



OHREN AUF: LIBERAL, VIELFÄLTIG, DIGITAL



ICH BIN SO FREI

Thomas Nüchel, KV Herne

Freiheit, Frauen, aktiv werden – das sind die drei Themen, denen sich Zoé von Finck in ihrem Podcast widmet. 26 Folgen sind bislang erschienen, in denen sich von Finck mit Persönlichkeiten wie der Kulturmanagerin Eva Nieuweboer, der heutigen Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger oder der PR-Managerin und ehemaligen Merkel-Vertrauten Eva Christiansen unterhält. Die jeweils rund halbstündigen Gespräche beginnen mit persönlichen Fragen, die den Zuhörern die Gesprächspartnerinnen näherbringen. Nach der Vorstellung geht es schnell mit Tiefe zur Sache. In einer von Vertrauen geprägten Gesprächsatmosphäre dreht es sich intensiv um die Ideen und das Wirken der Gäste.



LUKS UND LIBERAL

Arunjah Ketheeswaran, KV Mülheim an der Ruhr

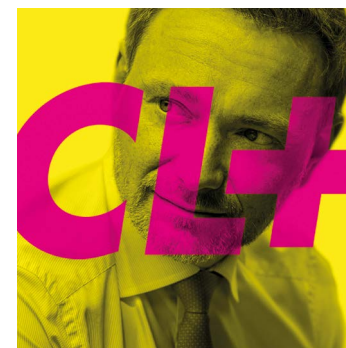
Oliver Luksic, Vorsitzender der FDP Saar und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, stellt in seinem Podcast „Luks und Liberal“ Themen aus einem breiten Spektrum vor. Analytisch, informativ und menschlich präsentiert er in knapp 30 Minuten interessante Gespräche, etwa über den Begriff der Identitätspolitik oder aber auch Gleichberechtigung im Motorsport. Alle zwei Wochen begrüßt er Gäste aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft z. B. Autorin Judith Basad, Medienunternehmer Dr. Georg Kofler oder Rennfahrerin Carrie Schreiner. Der Podcast bietet kurzweilige und spannende Unterhaltung.



EUROPA, WIR MÜSSEN REDEN!

Ursula Burkert, KV Bielefeld

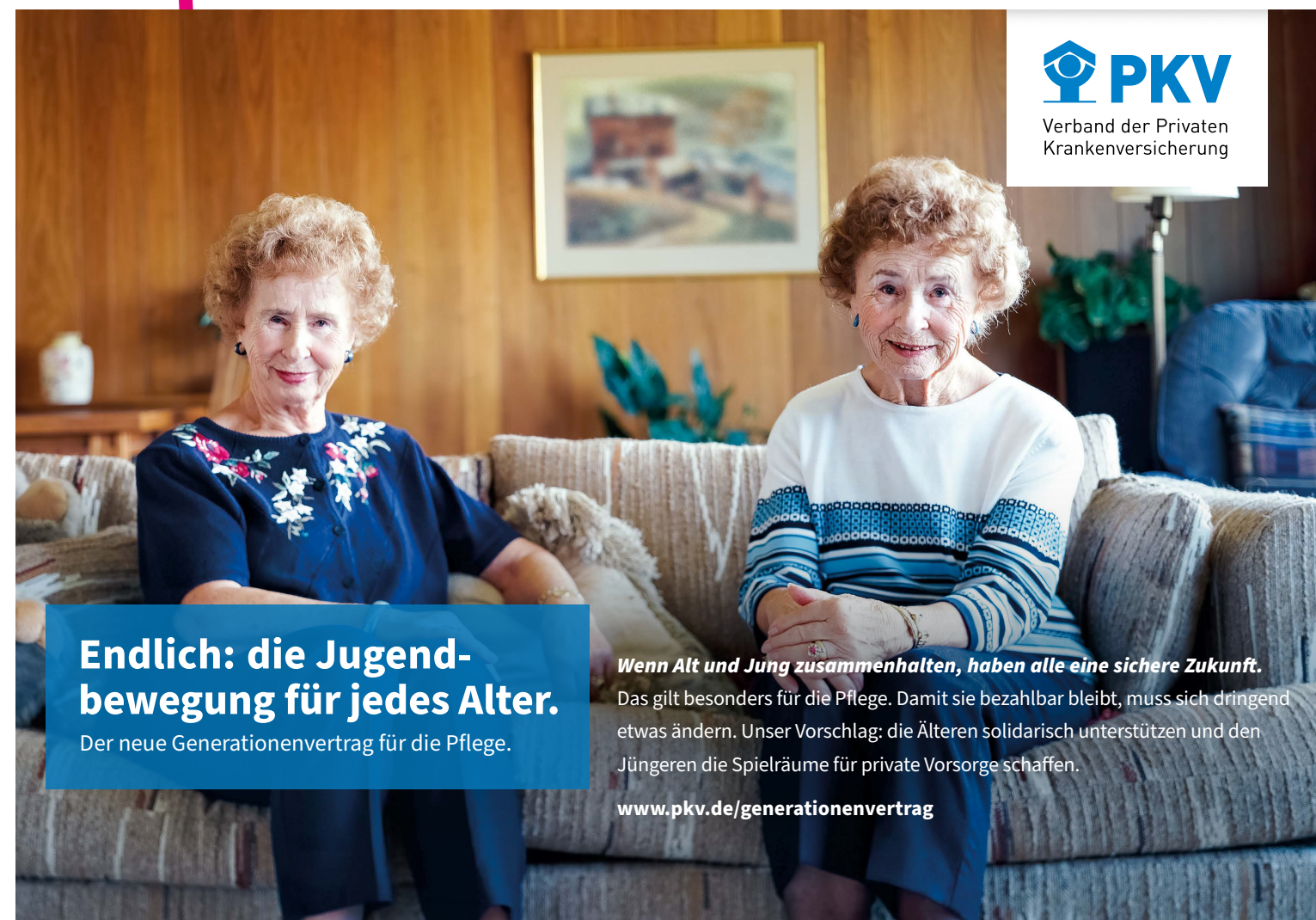
Der Name ist Programm: In „Europa, wir müssen reden“ nimmt FDP-Präsidiumsmitglied und EU-Abgeordneter Moritz Körner die Hörerinnen und Hörer mit hinter die Kulissen des EU-Parlaments. Körner und seine Gäste nehmen sich mit viel Sachkenntnis den großen und kleinen europäischen Themen an und zeigen, dass die EU mehr ist als die Summe ihrer Teile. Ob im Gespräch mit einer polnischen Publizistin, einem Jungbauern aus den Niederlanden oder der EP-Vizepräsidentin Katarina Barley: Der Gastgeber versteht es, die Atmosphäre eines vertrauensvollen, kollegialen Austausches unter Expertinnen und Experten zu vermitteln.



CL+

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Ob Digitalisierung und Modernisierung, die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft oder die finanzpolitische Zeitenwende. In seinem neuen Podcast „CL+“ diskutiert Christian Lindner mit Persönlichkeiten aus Kultur, Sport, Wirtschaft und Politik die drängenden Themen unserer Zeit. Anfang Oktober können Sie das neue Format auf Spotify, Apple Podcast, Deezer und YouTube abonnieren. Und Sie können den Podcast mitgestalten: Senden Sie Feedback oder Themenwünsche direkt an christian.lindner@fdp.de.

Anzeige



Verband der Privaten Krankenversicherung

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag

SOZIAL IST, WER SOZIALE VERÄNDERUNGEN BEWIRKT

Im Mai 2023 wird die Bremer Bürgerschaftswahl stattfinden. Die norddeutsche Hansestadt hat das Potenzial, die anstehenden Herausforderungen anzugehen. Der Vorsitzende des Bremer Landesverbands hat dafür einige Ideen.



Thore Schäck
Vorsitzender des Landesverbandes Bremen

Bremen ist der Norden, Bremen ist alte Hansestradition, Bremen ist schön. Für mich ist Bremen Heimat. Gleichzeitig hat Bremen die höchste Arbeitslosigkeit, das schlechteste Bildungssystem, die größte Kinderarmut. Die Straßen sind kaputt, die Innenstadt stirbt aus, der Schuldenstand erreicht immer neue Höhen auf Kosten zukünftiger Generationen. Im Fußball ist Bremen wieder in die höchste deutsche Spielklasse aufgestiegen, politisch spielt Bremen seit Jahrzehnten in der Kreisklasse. Das wollen wir ändern.

Bremen hat das Potenzial und die Menschen, um über sich hinaus zu wachsen und aufzusteigen. Dafür braucht es einen konsequenten Fokus auf den Aufschwung des gesamten Landes. Die rot-grün-rote Politik verliert sich in Debatten über nette, aber nachrangige Kleinstprojekte. Die großen Herausforderungen wie das gescheiterte Bildungssystem und fehlende Aufstiegschancen für junge Menschen unabhängig vom Elternhaus, fließender Verkehr oder eine starke Wirtschaft als Fundament eines starken Staates werden durch den rot-grün-roten Senat ignoriert. Nachvollziehbar, denn mit der Bilanz der vergangenen Jahre und Jahrzehnte gibt es wenig zu feiern. Dabei sind genau dies die Themen der bürgerlichen Mitte, die hart arbeitet und Bremen nach wie vor zusammenhält.

Bremer Politik muss sich dringend wieder auf diese wichtigen Themen konzentrieren und Probleme lösen. Dafür machen wir Freie Demokraten den Bremerinnen und Bremern ein Angebot: Wir sorgen dafür, dass sich Unternehmen nicht trotz der Politik ansiedeln, sondern weil Politik attraktive Rahmenbedingungen schafft. Denn Wirtschaft bedeutet Arbeitsplätze und ist damit Grund-



Foto: iStock/Massonstock

voraussetzung dafür, Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können. Wir wollen einen gleichberechtigten und technologieoffenen Verkehr, bei dem alle zügig und sicher durch die Stadt kommen. Und gerade ein Land mit extrem hoher Armut wie Bremen muss Aufstieg ermöglichen. Sozial ist nicht der, der große soziale Reden hält. Sozial ist der, der eine wirkliche soziale Veränderung bewirkt.

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben und wäre ein Verrat an der Zukunft Bremens. Viel zu oft erschöpft sich linke Sozialpolitik in Verteilen und Verschenken von Geld. Ein kostenloser ÖPNV hilft Menschen aber nicht aus der Armut. Es braucht echtes Interesse, Menschen beim Aufstieg zu helfen. Gute Sozialpolitik bemisst sich nicht an besonders hohen Sozialausgaben, sondern im Gegenteil an einem niedrigen Sozialbedarf. Aufgabe der Politik ist es, das in Bremen immer knappe Geld mit größtmöglicher Effizienz einzusetzen. Das sind wir nicht nur zukünftigen Generationen schuldig, sondern auch den Menschen, die auf eine helfende Hand angewiesen sind.

Wir sind überzeugt, dass das Bremen von morgen besser ist. Dafür kämpfen wir Freie Demokraten bei der nächsten Bürgerschaftswahl 2023 in Bremen. ■

ES KOMMT AUF UNS AN.



Bijan Djir-Sarai
Generalsekretär

Am 9. Oktober wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Wir Freie Demokraten kämpfen in Niedersachsen unter dem Motto „Tun wir mehr als nötig“ für ein starkes Wahlergebnis. Ich lade Sie herzlich ein, die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in Niedersachsen und das gesamte Team um unseren Spitzenkandidaten Dr. Stefan Birkner tatkräftig zu unterstützen. Gemeinsam können wir einen großen Beitrag zu einer erfolgreichen Wahl leisten.

AKTIONSTAG NIEDERSACHSEN

Samstag, 1. Oktober 2022, ab 12:00 Uhr
auf dem Kröpcke in 30159 Hannover

Wenn Sie als einzelnes Mitglied oder als Gruppe die Parteifreundinnen und Parteifreunde in Niedersachsen bei dem Aktionstag vor Ort unterstützen wollen, melden Sie sich bitte bei der Landesgeschäftsstelle Ihres eigenen Landesverbandes.



Anzeige

ÖKOLOGISCH VORTEILHAFT

Getränkekartons für Fruchtsäfte und Milch sind ökologisch mindestens genauso gut wie Glas-Mehrwegflaschen. Einweg-Plastikflaschen schneiden am schlechtesten ab. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Ökobilanz des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (IFEU), das vom Umweltbundesamt offiziell bestätigt wurde.

Erfahren Sie mehr auf getraenkekarton.de

@getraenkekarton

FÜREINANDER DA SEIN, BIS JEDER AUF EIGENEN BEINEN STEHEN KANN

Frauen machen anders Politik als Männer. Diese Vielfalt macht stark. Darum will die FDP Berlin mehr Frauen in Führungspositionen in der Partei sowie in öffentlichen Mandaten und hat dafür ein Programm ins Leben gerufen.



Justyna Grecko
Mentee Empowerment-
Programm, FDP Berlin

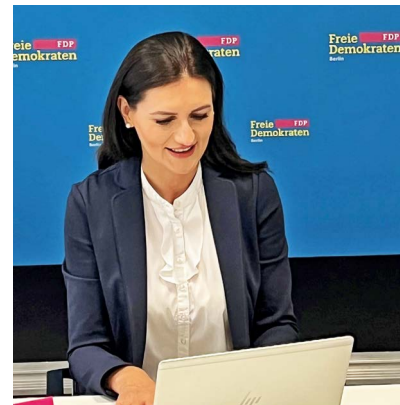
Mein erster Einsatz als Unternehmensberaterin fand in einer Großbank statt. Ich hatte das Studium absolviert, einige Praktika und Studentenjobs hinter mir, jedoch war dieses Umfeld hochprofessionell und ich hatte kaum Erfahrungswerte. Allerdings hatte ich erfahrene Berater an meiner Seite, die mich in die Aufgaben eingewiesen haben. Zunächst führte ich in Begleitung, dann eigenverantwortlich, Projekt-tätigkeiten durch und hatte immer einen Ansprechpartner, den ich um Rat fragen konnte. Es entstand eine Win-win-Situation. Obwohl mir der Begriff damals noch nicht geläufig war, verstehe ich heute, dass es „Empowerment“ ist. Empowerment bedeutet für mich, füreinander da zu sein, bis jeder auf eigenen Beinen stehen kann.

Als ich erfuhr, dass die FDP Berlin ein Empowerment-Programm ins Leben ruft, stand für mich fest, ich werde mich bewerben! Persönliches Wachstum ist ein dauernder Prozess. Das Empowerment-Programm betrachte ich als eine Chance, mich auf der persönlichen und fachlichen Ebene weiterzuentwickeln, mein politisches Netzwerk zu erweitern, die Mechanik der Politik im Hintergrund

zu erleben und durch Einbringen meiner beruflichen Expertise Mehrwerte für die Partei zu schaffen.

Das Programm hat zum Ziel, Frauen mit hohem politischen Potenzial zu stärken und zu fördern. Im Programm durchlaufe ich mit zwei weiteren Teilnehmerinnen 24 Monate lang bis zu sechs Stationen bei Mentorinnen und Mentoren, etwa dem Landesvorsitzenden, dem Generalsekretär oder in Vorständen von Gliederungen.

Die Abgeordnetenhauswahl 2021 von Berlin konnte ich hautnah erleben und Spitzenkandidat Sebastian Czaja bei verschiedenen Terminen begleiten. Bei einem Austausch zwischen Lencke Wischhusen, Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, und den Teilnehmerinnen erhielten wir Einblicke in die politische Arbeit aus Sicht einer Frau. Mit der Bundestagsabgeordneten Daniela Kluckert organisiere ich eine Veranstaltung zum Thema „Einführung eines digitalen Euros“ mit Referenten aus Politik und Wirtschaft, welche ich moderieren werde. Als Projektmanagerin freut es mich zudem sehr, dass ich meine berufliche Expertise einbringen kann, um die Arbeitswei-



se des Landesvorstands durch neue Verfahren schneller, proaktiver und flexibler zu gestalten.

Das Programm kann herausfordernd sein. Es findet neben einem Vollzeitjob und dem ehrenamtlichen Engagement in der Kommunalpolitik statt. Hier sind Geduld, Flexibilität und gegenseitiges Verständnis sowie Support aus dem privaten Umfeld gefragt. Ich blicke sehr neugierig auf die nächsten Stationen und freue mich darauf, tiefergehende Einblicke in politische Prozesse zu erhalten und daran wachsen zu können.

Weitere Informationen zum Programm finden Sie unter: fdp-berlin.de/empowerment ■



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

SO STELLEN WIR DEUTSCHLANDS ENERGIEVERSORGUNG ZUKUNFTSSICHER AUF

Angesichts einer drohenden Energiekrise müssen nun alle Energiepotenziale genutzt werden. Vier Gedanken, wie sich das deutsche Energiesystem verändern muss.



Dr. Lukas Köhler
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der FDP-Bundestagsfraktion

Eine sichere Energieversorgung ist für die Industrienation Deutschland jederzeit absolut unverzichtbar. Denn daran hängt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes – und die zu gefährden hätte nicht nur erhebliche soziale Folgen sondern würde auch die für den Klimaschutz notwendige Innovationskraft bedrohen. Jenseits der aktuellen Energiekrise brauchen wir Rahmenbedingungen für ein System, in dem volatile Erzeugungskapazitäten eine immer größere Rolle spielen. Was ist nun zu tun?

Erstens müssen wir unsere Energieversorgung intelligenter machen. Nur, wenn Erneuerbare, Kraftwerke, Industrie, Verbraucher, Speicher usw. durch smarte Netze miteinander verbunden sind und in Echtzeit gemanagt werden, kann das System stabil sein. Die Rolle der Speicher stärken wir, indem wir sie künftig als eigenständige Säule des Energiesystems definieren. Durch schnellere Planungsverfahren wollen wir außerdem den notwendigen Ausbau neuer Anlagen beschleunigen.

Zweitens brauchen wir mehr Marktwirtschaft in der Energiepolitik. Dass wir derzeit Stromengpässe fürchten müssen, liegt unter anderem daran, dass Deutschland mit einem ordnungsrechtlichen Atom- und Kohleausstieg viele Kraftwerke aus dem Markt gedrängt hat, die uns jetzt fehlen. Auch bei steigendem Erneuerbaren-Anteil müssen wir die Versorgungssicherheit stets und ständig sicherstellen. Dazu werden flexible Gaskraftwerke immer wichtiger. Um deren Finanzierung zu ermöglichen, werden wir uns in der im Koalitionsvertrag vereinbarten

„Plattform klimaneutrales Stromsystem“ auch mit der Frage nach den notwendigen Kapazitätsmechanismen auseinandersetzen.

Denn drittens: Ohne Gas geht es nicht. Denn nur Gaskraftwerke können in Dunkelflauten die Versorgung mit Strom und Wärme garantieren. Jedoch müssen wir den Umstieg von fossilem Erdgas auf klimaneutrale Gase schaffen, indem wir die Biogas-Potenziale nutzen und vor allem den Hochlauf von Wasserstoff kräftig vorantreiben. Absehbar werden wir aber auch auf Erdgas nicht verzichten können, weshalb mit Hochdruck neue Lieferquellen erschlossen werden, die uns so schnell wie möglich unabhängig von Russland machen.

Zuletzt müssen wir uns immer vergegenwärtigen, dass Deutschland keine Insel und Energieautarkie illusorisch ist. Unsere Energieversorgung profitiert von internationalen Märkten und Vernetzung. Darum müssen wir den EU-Energiebinnenmarkt stärken, denn grenzüberschreitende Infrastrukturen und Märkte erhöhen die Sicherheit und senken die Kosten. Insbesondere Wasserstoff werden wir hierzulande nicht ausreichend produzieren können. Frühere Bundesregierungen haben mit ihrem sturen Festhalten an Nord Stream 2 viel Porzellan zerschlagen und noch mehr Geld verbrannt. Für uns ist klar: Deutschland steht verlässlich an der Seite seiner Partner. ■

WIE WIR DIE ENERGIEVERSORGUNG IM WINTER SICHERN



Michael Kruse
Energiepolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion

Die Große Koalition unter Angela Merkel hat uns in eine gefährliche Energieabhängigkeit von Russland geführt. Der Angriffskrieg auf die Ukraine beweist, dass Russland unter Wladimir Putin kein verlässlicher Partner ist. Die Verteidigung unserer Werte wie Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft hat einen Preis, aber sie hat auch einen unbezahlbaren Wert. Der erste Schritt für eine deutsche Energiesouveränität ist, gut durch den nächsten Winter zu kommen. Das wird nur mit unideologischen und kurzfristigen Maßnahmen gelingen.

Preise senken durch Ausweitung des Angebots: Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke

Die Preisausschläge auf den Energiemärkten sind extrem, die Gas- und Strompreise sind auf Rekordniveau. Um die Preise in den Griff zu bekommen, muss die Regierung für eine schnelle Ausweitung des Angebots sorgen. Für den Strommarkt bedeutet das eine Laufzeitverlängerung der vorhandenen sechs Kernkraftwerke bis ins Jahr 2024. Nur so kann der Staat dafür sorgen, dass genügend Strom zur Verfügung steht. Je mehr Kraftwerke mit günstigen Produktionsbedingungen im Markt bleiben, desto schneller sinkt der Strompreis.

Eigene Energie-Ressourcen unter guten ökologischen Bedingungen fördern

Um schnell aus der gefährlichen Energie-Importabhängigkeit zu kommen, müssen wir unsere eigenen Ressourcen anzapfen. Das Gute daran: Erdgas ist etwa unter der Nordsee reichlich vorhanden, die ökologischen Förderbedingungen hier sind die höchsten weltweit. Indem wir unsere Energieversorgung selbst in die Hand nehmen, leisten wir für ganz Europa einen wichtigen Beitrag zur Abwehr des russischen Energie-Angriffs. Um dieses Ziel schnell zu erreichen, sollten wir auch die konventionelle und unkonventionelle Schiefergasförderung ausweiten.

Gas-Speicher befüllen sichert Unabhängigkeit

Damit wir im nächsten Winter resilient sind, müssen die Erdgasspeicher befüllt sein. Wir haben kurz nach Regierungsübernahme dafür gesorgt, dass Gasspeicher kritische Infrastruktur werden und so nicht mehr von Ländern wie Russland gegen die deutschen Interessen eingesetzt werden können. Die Erdgasspeicher sind das wichtigste Instrument, damit das kurzfristige Drehen am Erdgashahn durch Russland keinen starken Effekt auf den europäischen Gasmarkt entfaltet. Gasspeicher sichern kurzfristige Energiesouveränität.

Gasumlage nachjustieren und fair aufstellen

Die Gasumlage ist ein grundsätzlich sinnvolles Instrument, denn sie sorgt dafür, dass die Preisschocks nicht direkt in den Markt durchschlagen und eine Insolvenzwellen auslösen. Wir schützen damit Verbraucher und Unternehmen. Die Gasumlage sollte allerdings nur an Unternehmen gehen, die nachweisen können, dass sie durch die russische Reduktion von Erdgasexport in wirtschaftliche Schieflage geraten sind.

Freiheitsenergien sichern unsere Energiesouveränität

Erneuerbare Energien sind nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch ökonomisch vorteilhaft. Der Ausbau der Freiheitsenergien senkt die Energiepreise. Entscheidend ist deshalb ein marktwirtschaftlicher und schneller Ausbau von Speichern, um unsere Energiesouveränität mittelfristig auf ökologisch vorteilhafte Weise zurückzuerlangen. Wenn wir diese Schritte gehen, wird aus der großen Bedrohung eine große Entwicklung, die uns unabhängiger, nachhaltiger und souveräner macht. ■

MIDTERM ELECTIONS – WIE GEHT ES WEITER IN DEN USA?

Am 8. November, knapp zwei Jahre nach den Präsidentschaftswahlen, finden in den USA die Midterm Elections, auch Zwischenwahlen genannt, statt. Es steht einiges auf dem Spiel: Können die Demokraten ihre Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses verteidigen und so ihre Agenda weitgehend durchsetzen?



Sascha Tamm
Referatsleiter Nordamerika/
Lateinamerika

Wahlen stehen für alle 435 Mandate im Repräsentantenhaus sowie für die 36 der 100 Sitze im Senat an. Derzeit gibt es im Senat die knappste aller denkbaren Mehrheiten für die Demokraten – beide Parteien halten je 50 Sitze, die Stimme der US-Vize- und Senatspräsidentin Kamala Harris entscheidet bei Gleichstand. Im Repräsentantenhaus verfügen die Demokraten über 220 Sitze – eine knappe, aber doch in den meisten Fällen sichere Mehrheit. Umfragen geben derzeit den Republikanern sehr gute Chancen, eine Mehrheit im Repräsentantenhaus zu holen, zeigen aber ein etwas anderes Bild für den Senat. Derzeit haben die Demokraten realistische Chancen, ihre knappe Mehrheit dort zu behaupten – zumal die Republikaner deutlich mehr Sitze, nämlich 21 der 36 zur Wahl stehenden, verteidigen müssen und gleichzeitig relativ wenige Chancen haben, bisher demokratische Sitze zu gewinnen.

Midterms sind wichtige Indikatoren dafür, in welchem Maße die Wählerinnen und Wähler die Politik derjenigen Partei unterstützen, deren Spitzenpolitiker das Weiße Haus innehat. Zumeist verliert die regierende Partei bei den Midterms Sitze – es gibt nur wenige Ausnahmen, die gewöhnlich mit besonderen Ereignissen wie etwa den Anschlägen vom 11. September 2001 und der amerikanischen Reaktion darauf zusammenhängen. Bei der Wahlentscheidung spielt gewöhnlich die wirtschaftliche Lage die größte Rolle. Derzeit trägt die hohe Inflation trotz einer immer weiter sinkenden Arbeitslosigkeit viel zur niedrigen Popularität von Präsident Biden bei. Seine Zustimmungswerte lagen lange deutlich unter 40 Prozent, erholen sich jedoch seit Ende des Sommers leicht. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Wirtschaftslage

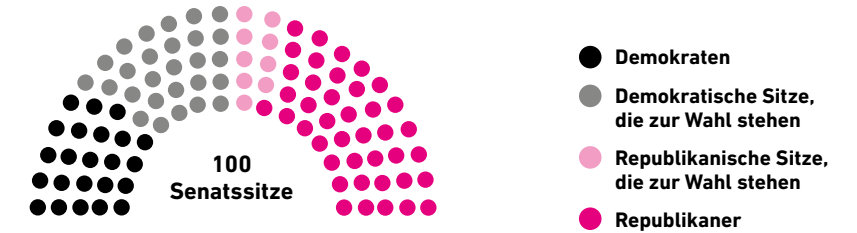
im November für die Amerikanerinnen und Amerikaner darstellt. Und ob es Präsident Biden und seiner Partei gelingt, ihr größtes Projekt, den Inflation Reduction Act, als großen Erfolg darzustellen, der das Leben der Amerikaner positiv beeinflusst. Er sieht u. a. gewaltige staatliche Investitionen in den Klimaschutz und Regulierungen vor, die die Medikamentenpreise für viele Amerikaner senken sollen.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtes der USA, das Urteil „Roe vs. Wade“ zu annullieren und so ein verfassungsmäßiges Recht auf Schwangerschaftsabbruch zu verneinen, machte weltweit Schlagzeilen. Damit wurde die Gesetzgebungskompetenz auf diesem Feld an die Einzelstaaten zurückgegeben. Diese Entscheidung ist sehr umstritten und wird von den Demokraten als wichtiger Mobilisierungsfaktor genutzt. Es ist tatsächlich zu beobachten, dass es nach diesem Urteil einen Anstieg der Wahlmotivation bei den Anhängerinnen und Anhängern der Demokraten gegeben hat. Das ist deshalb wichtig, weil die Wahlbeteiligung ein entscheidender Faktor ist: In einem zunehmend polarisierten Umfeld, in dem es schwieriger wird, Anhänger der anderen Partei für sich zu gewinnen, ist es umso wichtiger, die eigenen Unterstützer zu mobilisieren.

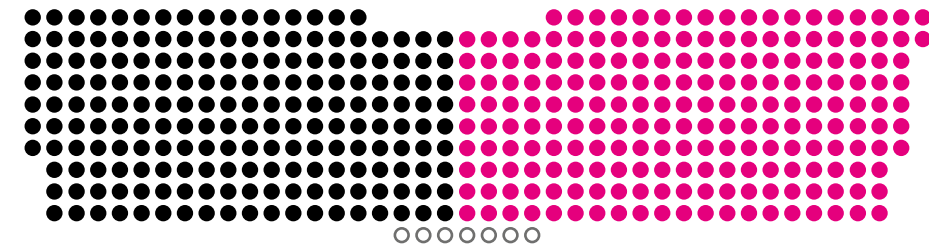
Das gilt insbesondere in den Wahlbezirken, wo es knapp zugehen kann. Das sind nicht sehr viele. In weniger als 100 von 435 Wahlbezirken gilt der Wahlausgang derzeit nach Umfragen und Prognosen als offen. Damit verstetigt sich eine Tendenz der letzten Jahrzehnte. In den Wahlbezirken oder Bundesstaaten, die klar einer Partei zuzurechnen sind, entscheiden praktisch die Primaries

ZWISCHENWAHLEN – WORUM GEHT ES?

SENAT: 36 Sitze stehen zur Wahl



REPRÄSENTANTENHAUS: 435 Mandate werden neu gewählt



(Vorwahlen) einer Partei darüber, wer gewählt wird.

Die Primaries haben wichtige Signale gegeben, in welche Richtung sich das politische Klima entwickelt. In diesem Jahr sind mehrere Trends zu beobachten: In der republikanischen Partei verfügt Donald Trump weiterhin über großen Einfluss. Viele der von ihm unterstützten Kandidatinnen und Kandidaten konnten sich durchsetzen und zweifeln weiterhin die Legitimität der Präsidentschaftswahlen von 2020 an. Allerdings gab es einige wichtige Ausnahmen, bei denen Kandidaten gewannen, die sich klar von Trump distanzieren, so etwa in Georgia. Zu beobachten war außerdem, dass für die Republikaner deutlich mehr Kandidaten ins Rennen gehen, die über wenig oder keine Erfahrung in politischen Ämtern verfügen. Das spricht den großen Teil der republikanischen Basis an, der sehr kritisch gegenüber dem sogenannten „Establishment“ eingestellt ist. Es bleibt aber abzuwarten, ob diese Kandidaten auch potenzielle Wechselwähler ansprechen können. Auf der Seite der Demokraten fällt auf, dass in vielen Fällen die Kandidatinnen und Kandidaten gewannen, die sich eher der politischen Mitte zuordnen lassen und sich nicht mit besonders radikalen Forderungen profiliert haben.

Von einiger Bedeutung sind auch die in zahlreichen Bundesstaaten stattfindenden Volksentscheide zu verschiedensten Themen – insgesamt über 100. Besonders

im Fokus steht auch hier das Thema Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Schon im Sommer gab es einen ersten Volksentscheid im eher konservativen Bundesstaat Kansas, bei dem entgegen vielen Erwartungen eine Verfassungsänderung, die dem dortigen Parlament erlaubt hätte, die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen stark einzuschränken, deutlich abgelehnt wurde. Überraschend war dabei auch die relativ hohe Wahlbeteiligung. Zum Thema Schwangerschaftsabbrüche wird es mindestens vier weitere Volksentscheide geben.

Die Midterms werden Hinweise geben, wie sich die amerikanische Politik in den kommenden zwei Jahren gestalten wird, gleichzeitig aber viele wichtige Entscheidungen nicht vorwegnehmen. Schon im kommenden Jahr wird sich der Fokus auf die Kandidatenfrage für das Jahr 2024 richten – gibt es ein Rematch Biden-Trump oder eine andere Konstellation?

Aus europäischer Sicht ist auch Folgendes wichtig: An der amerikanischen Außen-, Verteidigungs- und Handelspolitik wird sich durch diese Wahlen fast gar nichts ändern – und das aus zwei Gründen: Erstens hat der amtierende Präsident einen großen Handlungsspielraum, und zweitens herrscht in den meisten Fragen eine relativ weitgehende Übereinstimmung zwischen den Parteien. ■



SO ENTLASTEN WIR IM DREIERPACK

PAKET 1

(13 Mrd.) €

- Dauerhafte Abschaffung der EEG-Umlage
- Dauerhafte Erhöhung der Pendlerpauschale
- Steuerliche Entlastungen, u.a. Erhöhung des Grundfreibetrags
- Heizkostenzuschuss

UVM.

PAKET 2

(18 Mrd.) €

- Tankrabatt & 9-Euro Ticket
- Energiepreispauschale für Erwerbstätige (Arbeitnehmer und Selbstständige)
- Kindergeldzuschuss
- Verdopplung der Einmalzahlung an ALG-II Bezieher

UVM.

PAKET 3

(65 Mrd.) €

- Voller Ausgleich der Inflation bei der Einkommensteuer
- Energiepreispauschale für Rentner & Studierende
- Einführung der Strompreislöscher
- Einführung des neuen Bürgergelds

UVM.

GESAMTE ENTLASTUNG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER: 96 MRD. €

Mehr zu unserer Parlamentarischen Arbeit finden Sie auf:



@fdpbt



@fdpbt



@fdpbt



Fraktion der Freien Demokraten

fdpbt.de

